

Richard Schröder

Zwanzig Jahre deutsche Einheit

(rbb, Sept. 2010)

Vor 21 Jahren, am 7. Oktober 1989, feierte die SED-Führung im „Palast der Republik“ mit viel Pomp den 40. Jahrestag der DDR, während in Berliner Straßen Sicherheitskräfte brutal auf Demonstranten einschlugen. Der vierzigste Jahrestag der DDR liegt also nun bereits zwanzig Jahre hinter uns, oder: die Hälfte der Zeit, die Deutschland in zwei Staaten geteilt und diese durch den Eisernen Vorhang getrennt waren, haben wir nun schon vereinigt hinter uns gebracht. Mein subjektives Zeitempfinden ist da ganz anders. Die vierzig Jahre DDR erscheinen mir in der Erinnerung geradezu endlos, aber das Ende der DDR steht mir so lebendig vor Augen, als hätte es eben gerade erst stattgefunden. Das hängt sicher mit meinem Lebensalter zusammen, aber doch wohl auch damit, dass jene Jahre 1989 und 1990 die aufregendsten und intensivsten Jahre meines Lebens waren. Das wird vielen DDR-Bürgern meines Jahrgangs ähnlich gehen, allerdings mit entgegengesetzten Vorzeichen. Für mich und meinesgleichen war das eine Befreiung, das Ende der Diktatur und der Unfreiheit, der Aufbruch zu neuen Ufern. Für andere war es der Zusammenbruch ihrer bisherigen Überzeugungen, der manche in den Selbstmord trieb, andere aber mit Ressentiments gegenüber dem Neuen belud, die auch bis heute nachwirken. Entsprechend gemischt fällt auch aus, was nun zum zwanzigsten Jahrestag der deutschen Einheit in unseren Medien zu lesen und zu hören ist. Nach meinem Eindruck überwiegt der kritische Tonfall, aber zu Unrecht, wie ich finde. Das will ich erläutern.

Wenn es um die deutsche Einheit geht, geht es fast immer um Fehler und Defizite im Ost-West-Verhältnis. Das finde ich schon mal sehr provinziell. In Wahrheit ging es doch 1990 zuerst darum, ob die Siegermächte des Zweiten Weltkriegs und unsere Nachbarn der deutschen Vereinigung zustimmen werden. Zum Jahreswechsel 1989/90 hatten sich lediglich zwei europäische Regierungschefs für die deutsche Einheit ausgesprochen, aber leider zwei, auf die es nicht vorrangig ankam, nämlich der spanische und der irische. Der französische Präsident Mitterrand hatte Ende Dezember 1989 der DDR einen

Staatsbesuch abgestattet, demonstrativ ein fünfjähriges Handelsabkommen mit der DDR geschlossen und vor Leipziger Studenten ausdrücklich vor der Wiedervereinigung gewarnt. Der italienische Politiker Andreotti erklärte: wir lieben Deutschland so sehr, dass wir am liebsten zwei davon haben. Heute wissen wir, dass es noch im Januar 1990 in der sowjetischen Führung heiße Diskussionen gab, ob man nicht die offene innerdeutsche Grenze wieder schließen sollte. Da kam Angst auf vor einem wiedervereinigten Deutschland, vor deutschem Größenwahn und deutscher Unberechenbarkeit. Nur eine der Siegermächte war schon zum Jahreswechsel 89/90 für die deutsche Einheit, nämlich George Bush sen., Präsident der USA. Es ist das Verdienst von George Bush sen., Helmut Kohl und Hans-Dietrich Genscher, die Bedenken der anderen drei Siegermächte zerstreut zu haben. Den USA verdanken wir auch den Vorschlag der Zwei-plus-vier-Verhandlungen, um den Zweiten Weltkrieg völkerrechtlich zu beenden. Denn eine Friedenskonferenz aller Staaten, die sich im Zweiten Weltkrieg mit Deutschland im Kriegszustand befunden haben, die hätte dauern können und wer weiß, welche Forderungen auf uns zugekommen wären.

Das haben wir offenbar alles vollkommen vergessen, das ist uns kein Grund zur Dankbarkeit und auch keiner zur Freude. Dass im Jahre 1990 schließlich die Siegermächte des Zweiten Weltkriegs und unsere Nachbarn, ja die gesamte Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE), uns Deutschen zugetraut haben, dass wir aus unserer Geschichte namentlich im 20. Jahrhundert gelernt haben und uns als gleichberechtigt in Völkergemeinschaft wieder aufgenommen haben – bis dahin hatten sich ja die Alliierten die Zuständigkeit für Deutschland als Ganzes vorbehalten -, davon ist in diesem 20. Jahr der deutschen Einheit überhaupt nicht die Rede. Wir stellen uns mit solcher Vergesslichkeit kein gutes Zeugnis aus.

Statt dessen beharken wir uns, Ostdeutsche und Westdeutsche, mit Vorwürfen, wobei, wenn ich das richtig sehe, die Vorwürfe von Ost nach West auch ausgesprochen werden, die von West nach Ost sich eher auf die Stammtische beschränken. Ostdeutsche sind Westdeutschen in einigen Punkten überlegen. Wir können besser improvisieren – und wir können uns besser als Opfer, benachteiligt und missachtet darstellen, oder kurz: besser jammern. Das will was heißen, denn in dieser Kunst sind auch viele Westdeutsche nicht schlecht drauf.

Wer auf die deutsche Einheit angesprochen wird, fühlt sich sofort in der Pflicht, Fehler, Defizite und Versäumnisse zu benennen. Ich habe mir eine kleine Sammlung angelegt und finde, dass oft ziemlich unkritisch kritisiert wird. Ich gebe Beispiele. Gregor Gysi findet, man hätte „die Eliten beider Länder besser vereinigen müssen.“ Der Vorwurf ist raffiniert. Man könnte ihn nämlich auch so formulieren: man hätte übersehen sollen, dass in der DDR eine Revolution stattgefunden hat und hätte die SED-Elite als die Ost-Elite anerkennen sollen. Das hätte jener Elite sicherlich gefallen, den Ostdeutschen, die im Herbst 89 auf die Straße gegangen sind, aber gar nicht. Weiter: „die Polikliniken waren doch eine vernünftige Idee.“ Das hätte der Westen 1990 übernehmen sollen. Die Polikliniken waren, genauer besehen, zwei Ideen, nämlich die Verbindung von Hausärzten und Fachärzten kooperativ in einem Haus. Weil dies eine gute Idee ist, hat sie sich auch durchgesetzt, es gibt auch im Westen einen rapiden Anstieg der Gründung von Ärztehäusern. Aber die Poliklinik-Ärzte waren außerdem Staatsangestellte. Das ließ sich schlecht übernehmen, weil weder der Bund noch die Länder noch die Kommunen gern Ärzte beschäftigen und bezahlen. Drittens nennt Gysi: „wir hatten früher an jeder Schule einen Vizedirektor, der allein für die Nachmittagsangebote zuständig war.“ Das hätte der Westen 1990 übernehmen sollen. Mal abgesehen davon, dass die Schule Ländersache ist – wenn das ein nennenswerter Punkt des DDR-Erbes war, dann muss es sehr dürftig gewesen sein. Viertens wirft er der Bundesregierung vor, dass sie sich nicht für die Kitas und Kindergärten im Osten interessiert habe. Ich verstehe den Vorwurf nicht. Mit dem Beitritt sind doch im Osten die Kitas und Kindergärten nicht etwa grundsätzlich reduziert worden. In meinem Wohnort ist zwar ein Kindergarten geschlossen worden, aber wegen fehlender Kinder. Übrigens wurde nach 1990 im Osten nach westlichem Standard die Quadratmeterzahl pro Kind erheblich erweitert. Die ostdeutschen Kinderbetreuungseinrichtungen waren nämlich keineswegs vorbildlich ausgestattet. Inzwischen ist für ganz Deutschland das Recht auf einen Kinderbetreuungsplatz festgeschrieben.

Petra Pau von der Linken hat auch eine kleine Defizitliste benannt. Man hätte die deutsche Vereinigung mit einer neuen Verfassung einleiten müssen. Das ist ein weit verbreiteter Einwand. Mich überzeugt er nicht. Das Lob des Neuen kann ich nicht verstehen. Im Ernst kann doch nur eine bessere Verfassung gefordert werden. Es war aber gar nicht so einfach, das Grundgesetz zu

verbessern und wer das fordert, muss doch sagen, was verbessert werden soll. Der Einigungsvertrag enthielt Empfehlungen an den ersten gesamtdeutschen Bundestag für eine Überarbeitung des Grundgesetzes. Und der hatte zu entscheiden, was er damit macht. Das war so demokratisch ganz in Ordnung. Wolfgang Schäuble hat Mitte 1990 mit mir gesprochen und gesagt: wenn die DDR bewährte Verfassungstraditionen einzubringen hat, sollten die im Einigungsvertrag berücksichtigt werden. Ich habe ihm gesagt, die DDR habe solche Traditionen leider nicht einzubringen, denn in der DDR wurde die eigene Verfassung nicht besonders ernst genommen und ein Verfassungsgericht, bei dem der Bürger seine Verfassungsrechte einklagen konnte, gab es gar nicht. Ich war ja selbst Mitglied der Volkskammer und habe deshalb selbst erlebt, was die DDR-Bürger von uns erwarteten: Beitritt zur Bundesrepublik möglichst schnell. Wir hatten doch in der Volkskammer am 17. Juni 1990 die größte Mühe, zu verhindern, dass sie den Beitritt sofort beschließt, obwohl die Zwei-plus-vier-Verhandlungen noch nicht beendet waren, also die internationale Zustimmung noch gar nicht vorlag. Es war die Bevölkerung der DDR, die den Beitritt möglichst schnell haben wollte, schneller als klug war. Deshalb finde ich es ausgesprochen unfair und unwahrhaftig, jetzt so zu tun, als hätte der Westen zur Eile gedrängt, aber der Osten erst eine neue Verfassung haben wollen. Zur Erinnerung: den Beitritt nach Artikel 23 Grundgesetz konnte nur die Volkskammer beschließen. Weder die Bundesregierung noch der Bundestag konnten da mitreden.

Nächster Kritikpunkt von Petra Pau: eine Entmilitarisierung sei 1990 versäumt worden. Da ist sie aber schlecht informiert. Eine Entmilitarisierung hat 1990 sehr wohl stattgefunden. Die Truppenstärke des vereinigten Deutschlands war sehr viel niedriger als die Addition von Bundeswehr und Volksarmee ergeben hätte. Der Abzug der sowjetischen Truppen einschließlich ihrer Atomwaffen wurde vereinbart. In Europa wurde 1990 erheblich abgerüstet. Sie meint wohl etwas anderes, nämlich die vollständige Entmilitarisierung, also auch Neutralisierung Deutschlands, die in der Tat manche 1990 gefordert hatten – natürlich in der Überzeugung, dass das ein Fortschritt wäre. Für die habe ich eine irritierende Nachricht. Als nämlich Gorbatschow dem amerikanischen Präsidenten George Bush sen. die sowjetischen Sorgen vortrug, das vereinigte Deutschland könne wieder aggressive Sonderwege beschreiten, hat ihm George Bush geantwortet: das wird vermieden, wenn das vereinigte

Deutschland der NATO angehört. Dann hat es nämlich gar keine eigenmächtige Verfügungsmacht über seine Truppen. Ein entmilitarisiertes neutrales Deutschland, das manche als Ideallösung für 1990 betrachten, wäre in Wahrheit ein unberechenbares Deutschland. Was sollen denn die Nachbarn tun, wenn eines Tages in einem entmilitarisierten neutralen Deutschland eine Regierung an die Macht kommt, die die Militarisierung beschließt? So etwas Ähnliches haben wir doch tatsächlich schon erlebt. Hitler hat die Rüstungsbeschränkungen des Versailler Vertrags einfach ignoriert und niemand wollte deshalb in Deutschland einmarschieren, also nahm die deutsche Vorbereitung des Zweiten Weltkriegs ihren Lauf. Wollt ihr nicht vielleicht doch einmal begreifen, dass ein neutrales Deutschland weder für uns noch für unsere Nachbarn wünschenswert ist?

Nun komme ich zu einigen westlichen Vorbehalten, Einwendungen oder Kritiken zum Einigungsprozess. Ich halte mich dabei an Fragen, die mir tatsächlich gestellt worden sind. Warum ist es noch immer nicht zu einem ostdeutschen Wirtschaftswunder gekommen? Das lässt sich recht einfach erklären. Wäre 1946 Württemberg mit der Schweiz vereinigt worden, also ein florierendes mit einem ruinierten Land, hätte es in Württemberg kein Wirtschaftswunder gegeben, sondern Abwanderung und Transfer. Das westdeutsche Wirtschaftswunder war möglich, weil Westdeutschland vom Weltmarkt isoliert war und weil es einen allgemeinen Bedarf nach alltäglichen Gütern gab. 1990 war alles geradezu umgekehrt. Mit dem Fall der Mauer wurde die ostdeutsche Wirtschaft mit der westlichen Wirtschaft konfrontiert. Deren Waren wurden fast ausnahmslos von den Ostdeutschen als die besseren bewertet, - bis hin zum Joghurt aus Bayern, absurderweise. Der Westen konnte den östlichen Zusatzbedarf an Gütern befriedigen ohne die Produktionskapazitäten aufzustocken. Bei einem Überfluss an westlichen Gütern und einem Mangel an Kunden für die östlichen Produkte konnte kein ostdeutsches Wirtschaftswunder entstehen. Also wurde der Aufbau Ost eine sehr schwierige, zähe und kostspielige Angelegenheit. Die Erwartung eines ostdeutschen Wirtschaftswunders war schlampig begründet. So simpel wiederholt sich Geschichte nicht und wenn sich Wirtschaftswunder einfach inszenieren ließen, warum hat man dann nicht eines für Nordrhein-Westfalen losgetreten?

Zweite Frage: warum stagniert die Arbeitsproduktivität im Osten bei 70 bis 80 Prozent West? Bei Arbeitsproduktivität denken nicht wenige an Fleiß und Anstrengung. Die Ostdeutschen, so wird dann diesen Zahlen entnommen, strengen sich nicht genug an oder sind faul. Das ist alles Unsinn. Wenn ein Elektriker die Löcher mit dem Meißel und nicht mit der Bohrmaschine machen muss, ist das anstrengender, aber die Arbeitsproduktivität ist niedriger. Durch Mechanisierung und Automatisierung steigt die Arbeitsproduktivität, obwohl die physische Belastung des Arbeiters unter Umständen sinkt. Die Landwirtschaft hat im Osten wegen der größeren Flächen eine höhere Arbeitsproduktivität als im Westen. Beim Handwerk dürfte sie etwa gleich sein. Es gibt aber im Osten kaum Großbetriebe, deren Produktionshallen mit Industrierobotern vollgestopft sind, weil der Bedarf an entsprechenden Produkten vollständig im Westen Deutschlands abgedeckt wird. Deswegen kann die Arbeitsproduktivität Ost gar nicht die westlichen Werte erreichen, auch nicht bei größtem Fleiß. Das liegt nicht an Fehlern des Einigungsprozesses, sondern an der Exposition. Audi war einmal in Zwickau ansässig. Es war natürlich immer eine Illusion und nicht einmal empfehlenswert, dass ursprünglich ostdeutsche Unternehmen ihren westlichen Standort schließen und ihre Produktionsstätten in den Osten verlagern würden. Dann kann man aber auch jetzt nicht als Einigungsversagen beklagen, dass dergleichen nicht stattgefunden hat.

Dritte Frage: warum gibt es noch immer keinen selbsttragenden Aufschwung Ost? Einiges ist dazu schon gesagt. Bekanntlich gibt es in Deutschland einen Finanzausgleich zwischen den Bundesländern. Auch das Saarland und Bremen sind Empfängerländer. Man könnte also auch fragen: warum gibt es keinen selbsttragenden Aufschwung Bremen und Saarland? Aus irgendwelchen Gründen stellt aber niemand diese Fragen. Bayern, das neben Baden-Württemberg heute wirtschaftlich am besten dasteht, könnte sich auch fragen, warum es vor 1990 keinen selbsttragenden Aufschwung Bayern zustande gebracht hat, sondern zu den Empfängerländern im Finanzausgleich zählte.

Vor kurzem hat Matthias Platzeck, Ministerpräsident von Brandenburg, mit scharfen Worten den Einigungsprozess kritisiert und dafür in der Brandenburger Bevölkerung nicht wenig Beifall geerntet. Da tun sich alte Fronten von 1990 wieder auf zwischen den Koalitionsparteien in der Volkskammer, die auch nach dem Bruch der Koalition noch den Beitritt der DDR

zum Geltungsbereich des Grundgesetzes und den Einigungsvertrag beschlossen haben, einschließlich der SPD, und denjenigen, die beides abgelehnt haben, nämlich Bündnis 90/Grüne, denen Matthias Platzeck damals angehörte, und die PDS, heute die Linke. Seit dem Herbst 1989 haben westdeutsche Gegner des Beitritts für diesen den Ausdruck „Anschluss“ gebraucht, mit Anspielung an den Anschluss Österreichs ans nationalsozialistische Deutschland 1938, verbunden mit anderen Anspielungen an die Nazizeit, wie Großdeutschland und Viertes Reich. Im Mai 1990 fand in Frankfurt am Main eine Demonstration statt unter der Losung: „Nie wieder Deutschland. Gegen die Annexion der DDR“. Zur Erinnerung: der Beitritt der DDR nach Artikel 23 Grundgesetz war nur als einseitiger Akt der DDR möglich. Da musste man schon ganz schön um die Ecke denken, um von Annexion oder Anschluss zu reden. Matthias Platzeck redet noch immer von Anschluss, wenn er den Beitritt meint. Am 3. Oktober möchte er zwanzig Jahre Brandenburg feiern, aber nicht so sehr die deutsche Einheit, denn „an diesem Tag begann auch die gnadenlose Deindustrialisierung Ostdeutschlands“, sagt er. Er hat ja recht: Arbeitslosigkeit zog in nahezu jede Familie ein und für viele Ostdeutsche ist die Freude über die deutsche Einheit durch den Zusammenbruch der DDR-Wirtschaft überschattet. Trotzdem ist es grundverkehrt, von einer gnadenlosen Deindustrialisierung zu sprechen und diese der deutschen Einheit anzulasten. Ich rechne es zu den größten und verheerendsten Irrtümern über die deutsche Einheit, dass der Zusammenbruch der DDR-Wirtschaft nicht der SED, sondern der deutschen Einheit, der Bundesregierung und der Treuhand angelastet wird. Gnadenlose Deindustrialisierung, damit wird behauptet, es seien mit mehr gutem Willen erheblich mehr DDR-Industriebetriebe überlebensfähig gewesen. Über den Zustand der DDR-Wirtschaft hat sich die DDR-Bevölkerung zu DDR-Zeiten keine Illusionen gemacht, wie die damaligen Witze belegten. Bereits mit dem Fall der Mauer war das Urteil über die DDR-Wirtschaft gesprochen, wenn auch noch nicht vollstreckt. Denn die DDR-Waren wurden Ladenhüter, selbst der Trabant, auf den man bisher zwanzig Jahre warten musste. Die DDR-Bürger wollten nur noch Westwaren. Aber auch der Handel mit den sozialistischen Bruderländern stockte. Die DDR-Wirtschaft verlor ihre Kunden, in der DDR, im Osten Europas und nach der Währungsunion auch im Westen, und zwar nicht durch Mutwillen, sondern weil das sozialistische Wirtschaftssystem nur hinter Mauern, abgeschottet vom Weltmarkt, funktionierte. Deshalb ist es ja nicht nur in der DDR, sondern in allen ehemals sozialistischen Ländern zum

Zusammenbruch der Wirtschaft und hohen Arbeitslosenzahlen gekommen, auch ohne eine Vereinigung. Allerdings konnten diese Länder für einen Übergang ihre Waren noch durch Grenzzölle vor dem Andrang der begehrteren Westwaren schützen. Mit dem Mauerfall war diese Option für die DDR vergeben. Man kann nicht die Mauer wegreißen und das Echo stehen lassen.

Matthias Platzeck irrt sich, wenn er meint, wir hätten 1990 ausgiebig Zeit gehabt für eine langsame Annäherung beider deutscher Staaten. Erstens wussten wir nicht, wie lange Gorbatschow sich hält. Schewardnadze, sein Außenminister, hat selbst empfohlen, nichts zu verzögern. Zweitens war die DDR ein Staat in Auflösung. Es hatte nämlich eine Revolution stattgefunden. Die Regierung de Maiziere hatte nur deshalb eine gewisse Autorität, weil sie den schnellen Weg zur deutschen Einheit versprochen hatte. Schon die Regierung Modrow sah sich außer Stande, eine wirksame Wirtschaftsreform in Angriff zu nehmen. Drittens stand die DDR unmittelbar vor der Zahlungsunfähigkeit in Devisen.

Platzeck moniert, dass die Eile des Einigungsprozesses mit der hohen Abwanderungsrate begründet wurde, die Abwanderung aber mit der deutschen Einheit nicht aufhörte, also hätte man sich auch Zeit nehmen können. Das ist nun gleich doppelt falsch. Vor der Währungsunion gingen zwei bis dreitausend DDR-Bürger täglich nach drüben, nach der Währungsunion etwa ebenso viele wöchentlich. Das war ein Rückgang um 85 Prozent! Das Gefährliche an jener massenhaften Abwanderung nach dem Mauerfall war doch, dass sich Schulen und Turnhallen füllten und in der westlichen Bevölkerung der Unmut wuchs über diese ungebetenen Kostgänger der Sozialkassen. Das hätte im Westen die Zustimmung zur Einheit mächtig trüben können. Mitte des Jahres 1990 war die knappe Hälfte der Westdeutschen gegen die schnelle Einheit, weil sie die Kosten fürchtete. Oskar Lafontaine hatte es doch ausgesprochen: es könne nicht hingenommen werden, dass weiterhin Ostdeutsche die westdeutschen Sozialsysteme belasten. Das schaffe böses Blut. Deshalb hat er doch nach den freien Volkskammerwahlen gefordert, Ostdeutschen den Zuzug nur noch zu gestatten, wenn sie Wohnung und Arbeit nachweisen können. Matthias Platzeck behauptet, der Mythos vom damaligen Zeitdruck sei widerlegt worden. Ich behaupte: das ist ein Mythos. Der Zeitdruck war sehr ernst.

Schließlich wirft Platzeck dem Westen vor, vielen Ostdeutschen sei das Gefühl vermittelt worden, ihr ganzes vorheriges Leben sei sinnlos gewesen. Ich finde, wer sich so ein Gefühl vermitteln lässt, ist selbst schuld. Mir jedenfalls kann niemand solche Gefühle vermitteln. Es ist schon wahr, dass manche Ostdeutsche sich als Bürger zweiter Klasse fühlen und mit Minderwertigkeitskomplexen zu tun haben. Die haben diese Ostdeutschen aber schon in die deutsche Einheit mitgebracht. DDR, der dumme Rest, den Spruch kenne ich doch schon aus meiner Kindheit. Ich finde den Vorwurf, Westdeutsche hätten Ostdeutschen die falschen Gefühle vermittelt, wehleidig und irgendwie fallenartig. Was genau sollen die Westdeutschen denn nun anders machen? Uns die Seele streicheln, uns mehr loben? Das ist doch alles Kitsch.

Mit etwas weniger Wehleidigkeit und etwas weniger Selbstmitleid lässt sich eine beachtlich erfreuliche Einigungsbilanz ziehen, auch übrigens im Vergleich mit den anderen ehemals sozialistischen Ländern, und zwar auch was Wirtschaftskraft und Lebensstandard betrifft.